

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Ersteinst Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat ein Goldmark. Schriftleiter: Johannes Sächse, Baruth (Märk.). Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.

Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Befreiung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erfüllung des Bezugsgebotes.



Anzeigenpreis: Die sechsgelappte Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpennig, die dreieckspaltige Kleinzeile (30 mm) 40 Goldpennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Sächse, Baruth (Märk.).

Für Anzeigen an vorgezeichneten Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 138-139

Dienstag, den 17. November

1925

Räumung Kölns am 1. Dezember.

Note der Alliierten an Deutschland über die Mitberedung der Besetzung. — Reichspräsident v. Hindenburgs Besuch in Darmstadt und Frankfurt. — Die Gegenwartsaufgaben unserer Wirtschaftspolitik. — Rücktritt des polnischen Ministerpräsidenten. — Die Franzosen befinden sich in Syrien in erster Lage.

Note an Deutschland über die Mitberedungen, Räumung am 1. Dezember.

Paris, 14. Nov. Ueber die heute nachmittag stattgehabte Sitzung der Vorkonferenz berichtet die Agentur Havas: Die Vorkonferenz hat heute abend von 5 bis 7 Uhr getagt. Marschall Foch und die militärischen Sachverständigen traten der Sitzung bei. Die Konferenz hat beschlossen, dem deutschen Vorkonferenzmitglied zugehen zu lassen des Inhalts, daß die Rheinzone am 1. Dezember geräumt wird. Montag wird der deutsche Vorkonferenzmitglied eine schriftliche Mitteilung erhalten, die die Entscheidung der Vorkonferenz enthält.

Die Agentur Havas will aus guter Quelle erfahren haben, daß die vorgesehenen Mitberedungen vor allem in der Verringerung der alliierten Truppenbestände im Rheinland und ihrer Verteilung auf die entfernteren Garnisonen und großen Städte bestehen soll. Außerdem sollen Begnadigungsmaßnahmen zugunsten der politisch Verurteilten, und zwar auf dem Wege der Gegenseitigkeit, vorgesehen sein. Bis Montag werden die Verhandlungen mit der deutschen Regierung über gewisse Punkte des Entwaffnungsprogramms fortgesetzt werden. Es ist wahrscheinlich, daß man zu einer befriedigenden Lösung gelangen wird, die der Vorkonferenz erlauben wird, der Reichsregierung am Montag eine Note zu übersenden, die von den von dem Reich abgegebenen Versicherungen Kenntnis nehmen wird, und neue Mitberedungen anzukündigen, die sich vor allem auf folgende Maßnahmen beziehen werden: Die Abschaffung der Kreisdelegierten, die Einschränkung der Befugnisse der Kreisgerichte und die Verweigerung gewisser Verbrechen an die deutschen Gerichte. Des weiteren wird in dieser Note wahrscheinlich das annähernde Datum mitgeteilt werden, an dem die Räumung der Rheinzone beendet sein wird.

Von den Wochenchriften fordert nochmals „Neues Statesman“ die in Betracht kommenden Regierungen auf jetzt reinen Tisch zu machen und sich nicht mit solchen Fragen zu beschäftigen, ob die Polizei in Karlsruhe unterzubringen sei oder nicht. Es sei völlig gleichgültig, ob Deutschland 11 oder 10 Prozent der militärischen Stärke Frankreichs besitze; das, worauf es ankomme, sei, den Geist von Locarno zu erfassen und ihn durch alle denkbaren Mittel zu stärken.

Der Besuch Hindenburgs in Darmstadt und Frankfurt. Darmstadt, 13. Nov. In der heftigen Hauptstadt, in der Reichspräsident v. Hindenburg auf seiner süddeutschen Besuchsfahrt sich heute aufhielt, fand ein großer Empfang im Alten Palais statt, zu dem sich das Gesamtministerium, der Landtag, die Stadtverwaltung, Würdungen der Stadtverordnetenversammlung, die Spitzen der Reichsbehörden, die Vertreter von Kunst und Wissenschaft, der Wirtschaft, der Arbeitnehmerorganisationen und der Presse eingefunden hatten. Unter den Begrüßungsansprachen stand an erster Stelle die des Staatspräsidenten Ulrich. In seiner Erwiderung sagte Reichspräsident v. Hindenburg u. a.: „Ich weiß, daß Ihre Sorgen schwer und ernst sind. Ist doch Hessen das Land, das von allen deutschen Ländern verhältnismäßig am härtesten von der uns auferlegten Besetzung betroffen ist und in besonders schwerem Maße die Last fremder Truppenbesetzung und -einquartierung trägt. Wir wollen hoffen, daß die schlimmsten Zeiten nunmehr überstanden sind, und daß die in Locarno anbahnten Verhandlungen u. a. dazu führen werden, dem besetzten Gebiete und in ihm auch Hessen Befreiung von den schlimmsten Lasten zu verschaffen und die zum Leben notwendige Bewegungsmöglichkeit wiederzugeben. Mit aufrichtigem Dank und folger Anerkennung spreche auch ich es hier aus, daß die Hessen in der Zeit harter Bedrückung und großer Not immer ihr Deutschtum als höchstes Gut erkannt und bewahrt haben.“

Von Darmstadt aus fuhr Reichspräsident v. Hindenburg nach Frankfurt. Nach dem Empfang auf dem Bahnhof und einer Fahrt durch die dichtbesetzten Straßen fand im Römer der große Empfang der Bevölkerung statt. Reichspräsident v. Hindenburg betonte in seiner Antwort auf

die Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters, daß Frankfurt als geistige und politische Brücke zwischen Nord und Süd unseres Vaterlandes für uns Deutsche immer von besonderer Bedeutung gewesen ist. Eine fülle altertümlicher Erinnerungen wirkt in Ihrer Stadt auf uns ein, besonders in diesem Saale, der die Wälder aller deutschen Kaiser in sich birgt und so die große Geschichte nicht nur der Krönungsstadt Frankfurt, sondern des Deutschen Reiches verkörpert. Der trotz Zerspaltung und Befehdung in den besten Deutschen doch immer lebendige Drang nach Einheit und Einheit hat gerade hier in Frankfurt vielfachen Ausdruck gefunden: Wir sehen diesen Wunsch und Willen nach Zusammenstoß zur Nation verkörpert in der Wahl und der Krönung der alten Kaiser des Reiches; wir erkennen ihn in der Einsetzung des Deutschen Bundestages, und wir finden ihn in der Nationalversammlung der Paulskirche, dem ersten gesamtdeutschen Parlament. So ist diese Stadt immer ein Mittelpunkt des politischen Lebens aller Deutschen gewesen, und immer hat das Schicksal nach Einigung der deutschen Stämme hierbei den Grundton gegeben. Daß dem auch in Zukunft so sein möge, daß Sammlung der Kräfte in Staat, Gemeinde und Wirtschaft die Hymnen und überall im Reich stets der Gedanke sein möge, ist mein herzerfüllter Wunsch.

Gegenwartsaufgaben unserer Wirtschaftspolitik.

Der Zentralverband der Deutschen Elektrotechnischen Industrie hielt am Freitag im Plenarsaal des Reichstages Reichswirtschaftsrates in Berlin seine 7. Mitgliederversammlung ab. Nach den Eröffnungsworten des Vorsitzenden, Dr. v. Siemens, erhielt Reichsminister a. D. von Hammer das Wort, um über „Gegenwartsaufgaben unserer Wirtschaftspolitik“ zu sprechen. Herr von Hammer ging von der derzeitigen Wirtschaftskrise aus. In der Arbeiterschaft, betonte er, seien die Nachwirkungen, die der Krieg und die Revolution geschaffen hätten, glücklichweise verschwunden. Von außerordentlicher Wichtigkeit für unsere gesamten wirtschaftlichen Betriebe sei der Versäumer Vertrag, durch den ungeheuer viel Kapital verloren gegangen sei. Man beziffere diese Verluste auf ungefähr hundert Milliarden. Aber nicht allein Deutschland, sondern auch das übrige Europa sei verarmt. Der Staat habe bisher mindestens drei Milliarden zwölft Silberrücken aus der Wirtschaft herausgezogen. Dieses Kapital sei nicht wieder der Wirtschaft zugeflossen, sondern in den Staat der Länder und Kommunen übergegangen. Dadurch sei die private Wirtschaft verarmt. Besondere Sorge hege man hinsichtlich der Landwirtschaft. Die Kredite, die man der Landwirtschaft heute gebe, seien nicht die Kredite, die die Landwirtschaft brauche. Es sei vornehmste Aufgabe des Staates, den Realcredit wiederherzustellen. In der Industrie hoffe man, daß sich die Absatzmärkte Europas weiter benötigten. Dann würden Deutschland auch weiterhin Auslandskredite zufließen. Diese Kredite dürften aber nur vorübergehend als Stärkungsmittel genommen werden. Auch Herr von Hammer sprach der Vorsitzenden des Direktoriums der Oskam-Gesellschaft, Dr. W. Meinhardt, über die Möglichkeiten internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Edener für den neuen Zeppelin.

In der Automobilstalle am Kaiserdamm sprach am Sonnabend zum Beginn der Werbeweche für die Zeppelin-Edener-Spende Dr. Edener zu den Berlinern. Der Berliner Sängerbund, über 1000 Sänger, hatte sich unter Leitung des Professors Stange in den Dienst der guten Sache gestellt und umrahmte die Zeppelin-Edener-Feier mit einigen vortrefflichen Liedern. Die rauschenden Beifall fanden. Dr. Edener gab einen historischen Überblick über die Entwicklung des Zeppelin-Baues, seine Erfolge und seine Zukunftsaussichten. Oberbürgermeister Wolf hielt die Eröffnungsansprache, die in den Ruf ausklang: „Wir wollen uns hinter Dr. Edener stellen, wir wollen den neuen „Zeppelin“ bauen und werden ihn bauen.“ Dr. Edener, dessen Rede in der Halle durch Lautsprecher weitergegeben wurde, dankte bewegt für die tausenden Obationen, die er nicht für sich, sondern für das Werk Zeppelins in Anspruch nahm. „Ich stehe heute nicht vor Ihnen,“ so fuhr er fort, „als Führer des „Z. R. 3“, sondern als einer, der etwas von Ihnen will, und ich freue mich, daß der Appell, den ich an das deutsche Volk gerichtet habe, ein freudiges Echo gefunden hat, als Ausdruck des deutschen Willens, unsere geistigen und technischen Leistungen zu erhalten.“ Das Werk Zeppelins soll uns ein Symbol sein dafür, daß wir trotz aller gerade wegen der Not unserer Zeit unsere Kulturwerte erhalten wollen und dafür Opfer bringen müssen. Das Werk Zeppelins ist seit Erlebungen Gemeingut des ganzen deutschen Volkes. Es zu erhalten, ist unsere vornehmste Pflicht. Mit dem neuen

großen Schiff wollen wir der Welt beweisen, daß es das einzige und edle Verkehrsmittel der Zukunft ist. Es werde die erste größere Aufgabe für das neue Schiff sein, der Menschheit die noch unbekannt Gebiete näherzubringen. Vor allem aber müsse mit dem neuen Luftschiff der Beginn eines transatlantischen Verkehrs geschaffen werden.

Erhöhung des steuerfreien Einkommens?

Bei den zukünftigen Stellen werden Befragungen über eine Erhöhung der steuerfreien Einkommensgrenze auf 100 Mark monatlich vom 1. Januar 1926 ab geplant werden. Das Reichsfinanzministerium hat sich am Sonntag hierüber mit den im Reichsrat vertretenen Ländervertretern in Verbindung gesetzt. In den nächsten Tagen wird sich das Reichskabinett mit dieser Frage zu befassen haben und darüber entscheiden, ob die in Aussicht genommene Gesetzesvorlage auf der erwähnten Grundlage abgefaßt werden soll.

Deutsche Hilfe für „M. 1.“

Kiel, 14. Nov. Bei der hiesigen Firma für Schiffsspezialapparate Neufeld u. Rühne ist von der englischen Marineleitung das Ersuchen um Hilfeleistung bei der Bergung des in der Nähe von Plymouth gesunkenen englischen U-Bootes „M. 1.“ eingegangen. Die Firma hat bereits heute morgen eine Expedition mit zwei Tiefseetauchapparaten entsandt. Diese Apparate haben schon bis zu 160 Meter Tiefe einwärts gearbeitet.

London, 14. Nov. Die Londoner Admiralgilt gibt offiziell bekannt, daß seine Hoffnung mehr besteht, daß die Bergung des bei Starpoint gesunkenen U-Bootes M. 1. noch am Leben sei. An der Stelle, wo die M. 1. vorgefahren gesunken ist, wird in der nächsten Woche ein Trauergottesdienst stattfinden.

Polen setzt den Zollkrieg fort.

Die polnische Regierung hat den Versuch gefaßt, die Gültigkeit der Verordnung über das Verbot der Wareneinfuhr aus Deutschland, die am 14. November d. J. abläuft, um weitere drei Monate zu verlängern. Der Grund dafür liegt darin, daß der deutsch-polnische Handelsvertrag bisher nicht zustande gekommen ist. Das neue Einfuhrverbot erhält sogar noch insofern eine Verschärfung, als nunmehr neben der bisherigen einfachen Einfuhrlaubnis auch ein Ursprungszeugnis für die eingeführten Waren verlangt wird.

Rücktritt des polnischen Ministerpräsidenten.

Warschau, 13. Nov. Ministerpräsident Graßki hat ein Schreiben übermietet, worin er zur Kenntnis bringt, daß er als Ministerpräsident und Finanzminister demissioniere. Gleichzeitig hat er dem Könige Ausdrück gegeben, mit der Weiterführung der Geschäfte nicht betraut zu werden.

Unwetterkatastrophe in der Steiermark.

Belgrad, 14. Nov. Die Regengüsse der letzten Tage haben in Steiermark in vielen Orten zu großen Überschwemmungen geführt. Der Eisenbahnverkehr ist an einigen Orten unterbrochen und kann nur durch Umfahrungen aufrechterhalten werden, da die Eisenbahndämme überflutet sind. Im Gebiet von Laibach und hauptsächlich im Tal ist durch das Hochwasser großer Schaden verursacht worden. Auch Menschen sind durch die Überschwemmungen ums Leben gekommen. In Drautal sind etwa dreihundert Häuser beschädigt worden, und 150 Häuser mußten geräumt werden. Die Katastrophe hat bis jetzt mehr als 1000 Personen betroffen. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Dinar. In der Nähe von Drauburg ereignete sich ein Dammbruch, der die Eisenbahnbrücke zerstörte und den nach Drauburg fahrenden Zug zur Entgleisung brachte.

Die Franzosen in Syrien in bedenklicher Lage.

London, 13. Nov. Die „Daily News“ erfassen aus Jerusalem folgende Meldung: Die Franzosen haben die Kontrolle über das innere Syrien einschließlich weiter Gebiete in der Nähe von Damaskus und Aleppo verloren. Während sie die großen Städte mit Hilfe ihrer Artillerie beherrschen, sind die Rebellen im West- des Syriens und verfügen über 30 000 Mann, die von ausgebildeten militärischen Führern kommandiert werden. Die Bewohner der meisten Dörfer sympathisieren mit den Rebellen und sind bereit, sich bei der ersten besten Gelegenheit sich ihnen anzuschließen. Die Franzosen sind in Mosera geschlagen worden. General Darnel hat seine geschlagenen Truppen nach Damaskus geworfen, da er eine Umzingelung fürchtete. Die Drusen sind hierdurch entlastet worden und rücken gegen den syrischen Libanon vor, um den dort mit den Franzosen kämpfenden Aufständischen zu Hilfe zu kommen. Die Aufständischen bereiten sich vor,